

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 40.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 6. Oktober 1911.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellenge suche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Das Arbeitslosenversicherungsproblem.

Über die Frage der öffentlichen Arbeitslosenversicherung wird sehr viel geredet und geschrieben. Leider aber nur zu wenig wird getan, um all die aufstauchenden Pläne und wohlmeinenden Ratschläge zu verwirklichen. Gern sei zugegeben, daß das Arbeitslosenversicherungsproblem eins der schwierigsten in den sozialen Fürsorgebestrebungen ist und die zu treffenden Maßnahmen mangels richtschnurgebender Vorbilder, Schritte in die Dünkel sind. Was deshalb bisher in der Frage geschehen ist, war durchweg nicht mehr als ein unsicherer Versuch, ein Pflichten nach der Durchführbarkeit einer Versicherung der gesamten Art. Die Initiative, die bisher von einzelnen Kommunen in der Arbeitslosenversicherungsfrage ergriffen wurde, hat nicht allzuviel Nachahmer gefunden. Die Städte scheuen vor, daß es Aufgabe des Reiches sei, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Das Reich verweist auf die Bundesstaaten, zu deren Obliegenheiten die Sache gehöre. Die Bundesstaaten verschanzen sich hinter die Gemeinden; die Gemeinden wieder hinter das Reich und so geht's im Kreise weiter, ohne daß positive Resultate erzielt werden.

Von welcher Seite dürften in erster Linie Arbeitslosenversicherungsinstitute zu erwarten sein? Das Reich als Trägerin der Sozialversicherung überhaupt, dürfte vorläufig kaum in Frage kommen; wie dann auch die Ernte der reichsrechtlichen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete in der kommenden Zeit recht mager ausfallen dürfte. Daran werden die anschließenden sozialdemokratischen Stimmen ebenso wenig ändern, wie die Freundschaft des Sanftmutes zur Sozialpolitik. Im Vordergrund der kommenden Politik werden wirtschaftspolitische Fragen stehen, und die Stürmer und Dränger auf diesem Gebiete werden schwerlich für weitere Belastungen und Bewegungseinschränkungen der deutschen Industrie zu haben sein; zumal auch die Reichsversicherungsordnung weitere Ausgaben bringt. Die finanzielle Lage des Reiches ist aber trotz des zeitigen guten Standes nicht so beschaffen, daß ohne eine stärkere Steuerbelastung aus Reichsmitteln eine Arbeitslosenversicherung in ausgiebiger Weise subventioniert werden könnte. Vom Reich ist daher, wenigstens vorläufig noch, gar nichts zu erwarten. Die Bundesstaaten sind ebenfalls nicht für die staatliche Durchführung der Arbeitslosenversicherung zu haben. Sie betrachten, nachdem das Reich, das aus versicherungstechnischen, politischen und materiellen Gründen die soziale Aufgabe nicht erfüllen zu können glaubt, die Kommune zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung benutzen. Zu diesem Ergebnis trägt insbesondere der Gedanke bei, daß in Unterstützungsfällen, die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden, den Kommunen die Unterstützungspflicht obliegt. Baden und Bayern haben so in Denkschriften, die sich mit der Arbeitslosenversicherung befassen, erklärt, daß, solange nicht von Reich wegen einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosigkeit stattfindet, nur durch große Kommunalverbände Vorsorge getroffen werden kann.

Mit den Aufgaben der Kommune zur Arbeitslosenfrage sich zu beschäftigen, war daher nur Pflicht des deutschen Städtetages, der Mitte September in Posen stattfand. Die Oberbürgermeister von Köln und Frankfurt a. M. hielten Referate. Während das Kölner Stadtoberhaupt in objektiver Weise die Notwendigkeit der Versicherung überhaupt betonte, wandte sich der Frankfurter Oberbürgermeister sehr scharf gegen die Auffassung, daß es Pflicht der Städte sei, das Arbeitslosenversicherungsproblem zu lösen. Die Thesen, die diesen Ausführungen zu Grunde lagen, wurden vom Städtetage mit allen gegen fünf Stimmen gutgeheißen. In ihrem wichtigsten Teile haben sie folgenden Wortlaut:

„Wenn sowohl die Gründe der Arbeitslosigkeit als das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden sind, und auch die grundlegenden Fragen des Zwanges, der Beteiligung der Beiträge, der öffentlichen Zuschüsse und des Arbeitsnachweises nur nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe beantwortet werden können, so ist die weitere Förderung einer kommunalen Arbeiterversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen. Diese aber nicht von den Stadtverwaltungen — allein 181 in Baden über 25 000 Einwohner —, sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder den Landesregierungen durchgeführt werden. Die Ueberweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von Verantwortung zu befreien.“

Alle Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus diesem Entschluß bisher Versicherungseinrichtungen irgend welcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren Freunde kommunaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese verheerliche Verschlebung der Verantwortlichkeiten Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet werden, um sowohl das Versicherungsbedürfnis, als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen hierbei,

insbesondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter hülfreiche Hand leisten können, werden sie gerne dazu bereit sein.

Diese Untersuchung hätte die Verhältnisse der Bauarbeiter in erster Linie ins Auge zu fassen. Bei diesen Untersuchungen wird auch zu prüfen sein, ob — zur Beschaffung schneller Hilfe unter besonderen örtlichen Verhältnissen — vor einer Erledigung der übrigen Fragen zunächst für einzelne Kommunalverbände reichs- oder landesgesetzlich eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre.“

In der Besprechung nahm als Diskussionsredner, u. a. auch der anwesende Kollege Giesberts das Wort, um festzustellen, daß es recht erfreulich sei, wenn sich der Städtetag mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Aber die Leistung und vor allem das Referat des Herrn Widies könnten bei den Arbeitern wenig Befriedigung auslösen. „Aus seinen Ausführungen lesen wir eine Opposition gegen die Arbeitslosenversicherung heraus.“ Im weiteren führte Kollege Giesberts aus:

„Das Reich verneint nicht grundsätzlich die Regelung, sondern sagt nur, daß bisher keine Vorbilder vorhanden wären. Wir sagen: Ihr Städte, die ihr Millionen aufwendet für Parks, Theater und andere Kulturbedürfnisse der Bessergestellten — gewiß, ich halte das auch für berechtigt, — aber die Städte dürfen es dann auch nicht ablehnen, Mittel für die Arbeiter auszuwenden, indem sie sagen, das Problem sei so schwierig, daß nichts getan werden könne. Der Staat sagt, das Problem ist so, daß ich es nicht lösen kann und der Vertreter einer der reichsten Städte Deutschlands sagt hier, wir können nicht helfen. Denken Sie, welche Einwirkung das auf die Psyche des hungernden Arbeiter haben muß. Das muß das gegen die Gesellschaft in ihm erwecken. Dieser Gedanke darf aber nicht von dem Städtetag ausgehen. Deshalb ist es gut, daß in den Schlußsätzen gesagt wird, daß trotz der großen Schwierigkeiten eine Lösung versucht werden muß.“

Es liegt eine moralische Verpflichtung für die Städte vor. In erster Linie haben doch die Städte die Folgen der Arbeitslosigkeit zu tragen. Das Anwachsen der Armenpflege, die Vermehrung der Verbrechen und damit der Unruhe sind Folgen der Arbeitslosigkeit und belasten die Städte, dagegen würde die Arbeitslosenversicherung die Armenpflege der Städte entlasten. Gewiß sind die Summen für die Armenpflege gewachsen, aber sie werden noch viel höher steigen ohne die Versicherung. Allerdings ist man heute Gott sei Dank zu einer humanitären Auffassung über die Anwendung der Armenpflege gelangt. Die Städte müssen bestrebt sein, in den unteren Klassen aufrechte, stolze Bürger zu schaffen. Das kann nur geschehen, indem die Arbeiter gesichert werden gegen die Not der Arbeitslosigkeit.“ Der Redner spricht der Stadt Köln seine volle Anerkennung aus für die von ihr getroffenen Maßnahmen. „Wenn wir nicht aufreizen auf die unteren Klassen wirken wollen, dürfen wir nicht sagen, daß wir nicht helfen können.“

Daß die Ausführungen des Kollegen Giesberts auf scharfen Widerstand stießen, der sich durch Unterbrechungen und laute Zwischenrufe bemerkbar machte, ist leicht erklärlich. In den Kommunen, wo durchweg ein liberales Bürgertum regiert, versteht man es sehr oft meisterhaft, soziale Gesinnung mit dem Krämer- und Börserjobbergeist in Einklang zu bringen durch wunderschöne Reden. Soll's dann aber mal an den Geldbeutel gehen, dann verschanzt man sich hinter das Reich, das seine sozialen Aufgaben vernachlässigt und bestrebt sei, sie anderen zuzuwenden. Dabei kann man aber der festen Ueberzeugung sein, daß dasselbe liberale Bürgertum auf die im Reichstage sitzenden „Juncker und Pfaffen“ und auf den „herrschenden schwarzblauen Block“ mit der größten Entrüstung loszuschlagen würde, falls durch reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung „Handel und Industrie“ eine neue Belastung erführen. Dann würde man sich recht bitterlich beklagen über die Gesetzesmacherei der Agrarier, die keine Rücksicht auf Deutschlands Handel und Industrie kennen. Derartige Töne ist man ja gewohnt.

Der deutsche Städtetag hat so auch keine Aenderung der Dinge gebracht. Die Parole lautet nach wie vor: „Es wird weitergemurmelt.“ Wer's versuchen will, probier's halt; wer's nicht will, laß es bleiben. — Die organisierten Arbeiter zürnen dem Städtetag nicht allzusehr. Einmal kennen sie die großen Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung aus ihrer Organisationspraxis und zweitens sind sie sich bewußt, daß die zur Zeit bestmögliche Lösung des Problems nur zu erreichen ist, bei einer Gruppe von Arbeiter, die sich solidarisch fühlt, die für ihren Stand und den einzelnen gleichgesinnten Standesangehörigen opfert und kämpft. Die beste Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems ist bis heute unabweislich durch die Gewerkschaften erfolgt, was auch daraus hervorgeht, daß die in der Frage tätigen Städte durchweg eine Anlehnung an die gewerkschaftlichen Einrichtungen suchen. Es wird so zu den vornehmsten Aufgaben der organisierten Arbeiter gehören, darauf hinzuwirken, die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und städtischen Arbeitslosenversicherungen immer mehr zu verbessern und wo sie noch nicht vorhanden sind, zu schaffen. Daneben aber gilt es, den unorganisierten Arbeitern klar zu machen, daß sie nicht zu warten haben, bis ihnen Hilfe durch eine kommunale oder staatliche Versicherung in Fällen der Arbeitslosigkeit zuteil wird, sondern die Gewerkschaft ihnen schon heute mehr bietet als alle sonstigen Einrichtungen jemals bieten können.

Senefelderbund Nr. 2 gefällig?

1. Bei den Bestrebungen, die „freien“ Hilfskassen den sozialdemokratischen Gewerkschaften einzugliedern, dürfte es angebracht sein, an die im Jahre 1905 erfolgte „Verschmelzung“ des „Senefelderbundes“ mit dem Verbands der Lithographen zu erinnern. Der Senefelderbund, ein reiner Unterstützungsverein, gewährte seinen Mitgliedern Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung. Seine Mitglieder setzten sich aus Angehörigen des Lithographenberufes zusammen. Der Verband der Lithographen, der als gewerkschaftliche Berufsorganisation in Betracht kam, trachtete mit allen Mitteln darnach, den Senefelderbund zu beseitigen, um sich eine festere Position zu schaffen. Aus diesem Grunde wurde vom Verband eine lebhafteste Verschmelzungspropaganda entfaltet und die Mitglieder des Verbandes traten massenhaft dem Senefelderbund bei, um die Verschmelzung zu betreiben, die denn auch mit geringer Majorität angenommen wurde.

Eine größere Zahl Mitglieder des früheren Senefelderbundes war jedoch mit der Sache nicht zufrieden und 31 Mitglieder strengten Klage gegen den Verband an. Unterhalb Jahre mußten sich die Gerichte mit der Angelegenheit befassen. Das Landgericht Frankfurt a. M. erklärte durch Urteil die Aenderung der Statuten des Senefelderbundes, soweit die Verwendung der Gelder zu gewerkschaftlichen Zwecken in Frage kam, für ungültig. Das Oberlandesgericht und das Reichsgericht schlossen sich in ihren Urteilen dem an und verwarfen die Revisionen des Verbandes. Den Mitgliedern des früheren Senefelderbundes waren somit gerichtlich ihre Rechte gewahrt. Es wurde daraufhin wieder eine Trennung von Bund und Verband durchgeführt, und zwar in der Weise, daß der Senefelderbund die Unterstützungseinrichtungen weiterführt und der Verband seine sämtlichen Mitglieder ihm zuführt und auch die Beiträge für sie entrichtet. Beide Organisationen haben aber ein gemeinsames Organ und sind aufs engste miteinander verbunden.

Der Fall zeigt deutlich, daß die Gesetzgebung bis zu einem gewissen Grade das einzelne Individuum schützt gegen Uebergriffe von Korporationen. Der Fall „Senefelderbund“ dürfte wohl geeignet sein, die Uebergriffe der „Genossen“ etwas einzudämmen, insbesondere die „freien“ Hilfskassen, die unabhängig von den Gewerkschaften sind. Anders aber ist es mit denjenigen Kassen, die schon den Gewerkschaften verschrieben haben. Zu diesen dürften wohl die meisten der sogenannten „zentralisierten“ Hilfskassen gehören.

Weil die Ueberführungen der Kassen an die Gewerkschaften auf Schwierigkeiten und Widerstände stoßen, wendet man, um den Zweck zu erreichen, das Mittel der Auflösung der Kassen an. Auf diesem Wege läßt sich, wenn die Mitglieder es sich gefallen lassen, das Mandat ausführen. Es ist denjenigen, die es zu tun beabsichtigen, in die Hand gegeben durch den Wortlaut der Statuten. Dasjenige der Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer, Sitz Hamburg, bestimmt beispielsweise in § 37: „Das nach der Auflösung der Kasse verbleibende Vermögen wird zunächst zur Deckung aller Verbindlichkeiten der Kasse verwendet. Für den Fall, daß nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten ein Vermögensüberschuß verbleibt, wird derselbe, sofern nicht die Kasse mit allen Aktiven und Passiven einer anderen Kasse übertritt, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Hamburg, überwiesen.“ Es müßten wohl vier Fünftel der vertretenen Stimmen für die Auflösung sein, wenn dieselbe durchgeführt werden soll.

Zur Auflösung einer Kasse müssen aber schon triftige Gründe vorliegen, ehe man zu einer solchen schreitet. Die Mitglieder der Hilfskassen werden im eigenen Interesse gut daran tun, wenn sie der Sache Beachtung schenken. Sollte die formelle Auflösung einer Kasse nur dazu dienen, die Ueberführung in eine Gewerkschaft zu bewerkstelligen, ist mit Nachdruck dagegen zu protestieren. Soviel dürfte nach der Affäre „Senefelderbund“ sicher sein, daß man offen die „Ueberführung“ nicht macht; dagegen wird man es in verschleierte Weise versuchen. Doch auch dagegen gibt es Mittel und Wege zum Einschreiten. Ein „Senefelderbund Nr. 2“ dürfte wohl kein anderes Ergebnis zeitigen als der erste. Vor Uebertrumpfungen sind die Mitglieder gewarnt.

Man mag die Frage betrachten, wie man will, es kommt stets nur das eine dabei heraus, daß es nicht Arbeiterinteressen sind, die man auf sozialdemokratischer Seite dabei verfolgt, sondern einzig parteipolitische. Gegen die „Zertrümmerung“ der Hilfskassen wettet man, was das Zeug hält und hinterücks unterminiert man sie. Ein echtes Demagogentstück! Nur so zugefahren, den Misfahrenden muß endlich doch zum Bewußtsein kommen, daß sie irreführt wurden. Allerdings dürfte bei manchen die Einsicht erst kommen, wenn es zu spät ist. Zu bedauern ist nur, daß eine große Zahl christlicher Arbeiter mit zu den Leidtragenden gehören werden. Vertrauensvoll wandten sie sich jeinerzeit den Hilfskassen zu und in absehbarer Zeit werden sie das Nachsehen haben. So

viel steht sicher zu erwarten, daß die Sozialdemokratie nicht ruft, bis sie ihr Ziel erreicht hat und wenn sie durch Ruinierung der Hilfskassen dazu gelangen muß.

Die Hilfskassen sind den Klassenkämpfern kein Mittel zur Förderung ihrer Bestrebungen mehr, deshalb haben sie kein Interesse mehr daran. Umso mehr haben aber wir Veranlassung, Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter zu erhalten und zu festigen. Wo sozialdemokratischerseits gegen die Hilfskassen vorgegangen wird, müssen wir für Aufklärung Sorge tragen. Sollte man eine Vergewaltigungspolitik versuchen, muß mit allen Mitteln dagegen protestiert werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß die heuchlerische Maske der „Genossen“ dann fällt.

Vom Bau des Holzes und zur Kenntnis der Hölzer.

Weil die technischen Eigenschaften der Hölzer von ihrem anatomischen Bau und in zweiter Linie von Klima und Standort, von Alter und Erhaltungszustand abhängig sind, sind, wenn auch nicht für alle, für die Mehrzahl der Holzarbeiter gewisse diesbezügliche Kenntnisse unumgänglich wissensnötig, für jeden Holzarbeiter aber wissenswert. Insbesondere ist zum Verständnis der Holzstruktur, also des Holzgefüges, des so verschiedenartigen Holzbaues, wenigstens einige Kenntnisse des anatomischen Baues und des Wachstums des Holzes unerlässlich. Der jogen. „alte Praktiker“ ist dem Zielwissen, insbesondere wissenschaftlichen Erörterungen, freilich noch oft genug abhold — zu seinem und des Gewerbes Schaden. Anders die junge fortschrittlich gestimmte Arbeiterchaft. Ihr mögen einige Aufsätze aus dem Gebiete der Holzkunde gewidmet sein.

Das Holz, also die von Rinde und Bast noch eingeschlossene oder schon befreite Samenmasse der Baum- und Sträucherstämme, Wurzeln und Aeste besteht gleich allen anderen Pflanzenteilen aus dicht aneinandergelagerten, mikroskopisch kleinen, d. h. nur unter starkem Vergrößerungsglas erkennbaren Partikeln oder Zellkörperchen, den jogen. Zellen, von denen es mehrere, erheblich voneinander sich unterscheidende Arten gibt. Diese Zellen oder Holzelemente, ihre Bauweise und ihre Schichtung bedingen den unterschiedlichen Nutzwert und die mehr oder minder gute Bearbeitbarkeit der Hölzer und Holzteile, wobei auch die physikalische, naturgemäße Beschaffenheit oder bezw. eine schon eingetretene Veränderung, z. B. krankhafte oder abnorme, eine große Rolle spielt. Je dichter und zäher die Holzellen sind, desto länger und besser widersteht ein Holz bestimmten, mannigfachen chemischen und physikalischen Einflüssen und ihrer Holzstrukturverändernden, antragsähnlichen Einwirkung, desto härter bearbeitbar aber ist im allgemeinen so ein Holz in seinem gesunden Zustande. Die Holzellen sind in gewisser Regelmäßigkeit um das Holzquerschnittszentrum, die Aere des Stammes, gruppiert; sie und ihr Zustand bedingen das Aussehen des naturell belassenen Holzes und dessen wesentliche Eigenschaften; die gleichartigen Zellen kommen in größeren zusammenhängenden Zellen oder Gruppen vor und werden in dieser Hinsicht als Zellgewebe bezeichnet.

Um den Bau des Holzes, also die Anordnung der Holzelemente zu erkennen, ist zunächst eine Schnittfläche eines mehrjährigen Stammes oder Astes, die senkrecht auf die Längsrichtung derselben geführt wurde, zu betrachten, das ist also der Querschnitt, die sogenannte Hirnfläche. Im und am Zentrum, am mittleren Teile der Hirnfläche findet sich eine ausgedehnte Partie eines auch beim gesunden Holze jumeist lockeren Gewebes, dessen Zellen, wie mit dem Mikroskop zu erkennen ist, sich in ihrer Form oder Gestalt fast von den joserartigen Zellen der Hauptmasse des Holzes unterscheiden und janzunehmen als Mark bezeichnet werden. Vom Mark aus gehen in radialer Richtung, also strahlig, schmale, bis an die Rinde hinziehende Schichten, die jogen. primären Markstrahlen, gemeinsam Spiegelfasern geheißen, aus. Hirnholz nennt man bekanntlich das Holz der Querschnittfläche, Spiegelholz; jenes des Radialschchnittes und Querschnittes das des Längsschnittes. Auf der Hirnfläche, also am Querschnitt, treten die Jahresringe als abwechselnd hellere oder dunklere Kreise auf und zwar sind die dunkleren die härteren und besseren lebhafteren Holz. Sie entsprechen den Winterlagen der Jahresringe. Die Markstrahlen (Spiegelfasern) sind als jumeist hellere, schwach glänzende Linien erkennbar, deren Breite je nach der Holzart verschieden ist. Das Mark ist bald heller, bald dunkler als das umgebende Holz. Die Breite der Jahresringe hängt sehr von den Wachstumsverhältnissen ab, und je stärker das Wachstum, desto breiter werden die Ringe. Reife sind auch die inneren und äußeren Jahresringe eines jungen Stammes schmaler als die mittleren, welche der kräftig wirkenden Wachstumsperiode des Stammes entsprechen. Bei gewissen Hölzern, z. B. der Buche, ist das Mark sehr geringe bei den meisten Hölzern locker. Lediglich Mark jchrempft bei manchen Holzarten einträglich ein, so daß an seiner Stelle hohle Luerlöcher zurückbleiben, z. B. bei Kieferstammchen. Es ist auch die Form des Stammes charakteristisch oder eigenartig, je bei der Buche, bei der es fast ein Zylinder bildet. Die Spiegelfläche, d. i. die Ebene des Spiegelholzes, fällt mit der Ebene der Markstrahlen zusammen; daher erscheinen diese als radial verlaufende, jendenartig glänzende Bündchen von verschiedener Höhe je nach der Holzart. Das Spiegelholz zeigt weiter jansliche Jahresringe im Längsschnitt, die jenen ein getrenntes Aussehen geben. Die Gefüge oder Poren erscheinen als kleine Rinnen; sie sind jamentlich bei gewissen Holzarten (Eiche, Kiefer, Nadelholz, Buche, Eiche a. a. m.) auch dem jenen Auge gut erkennbar und tragen zur Belebung des Holzbaues nicht unbedeutend bei. Die Jahresringe zeigen die Gefüge, die Markstrahlen

der Nadelhölzer sind immer unternütlich und bestehen gewöhnlich nur aus einer Zellreihe. Die Unterscheidung der Laubhölzer von den Nadelhölzern ist also wegen des Mangels an Gefäßen bei letzteren Hölzern eine sehr einfache: sind in den Längsschnitten des Holzes unter dem Mikroskop keine Gefäße wahrzunehmen, dann hat man ein Nadelholz, im anderen Falle ein Laubholz vor sich. Das Querschnitt zeigt die Markstrahlen im Schnitt, die, wenn sie überhaupt sichtbar sind, als linienförmig gestreckte Streifen erkennbar sind. Die Winterlagen der Jahresringe erscheinen als dunklere Linien, die in der Mitte der Schnittfläche weiter voneinander abstehen, gegen die Seiten zu aber immer dichter werden. Weil die Jahresringschichten meist einen etwas welligen und unregelmäßigen Verlauf nehmen, erscheinen diese Linien in charakteristischer Zeichnung und in eigentümlicher Bilde, indem bald mehr, bald weniger Schichten durchschnitten werden, je nachdem die Stammachse der Schnittfläche näher oder ferner liegt, bezw. lag.

Die Härte des Holzes wechselt je nach den Wachstumsverhältnissen, auch bei ein und derselben Holzart; eine zuverlässige Methode zur Beurteilung der Härte eines Holzes hat man noch nicht ermittelt, sondern schätzt die Härte eines Holzes gewöhnlich rein empirisch, d. h. aus erfahrungsmäßigem Wissen heraus, nach der Größe des Widerstandes ab, welchen das betreffende Holz dem Eindringen des Werkzeuges, also der mechanischen Bearbeitung entgegensetzt. Dieser Widerstand aber bestimmt sich und ist abhängig von einer ganzen Reihe anderer spezieller Holzeigenschaften, die in einem zweiten Artikel besprochen werden sollen, nämlich von der Holzfestigkeit, der Dichtigkeit (Dichtebau), der Zähigkeit, der Elastizität, der Spaltbarkeit u. s. f. Auch ist die Härte in den einzelnen Holzarten jumeist wechselnd; besonders kennzeichnend ist für viele Hölzer die größere Härte der Herbstlagen gegen jene der Frühjahrschichten, und die des Kernholzes im Vergleich gegenüber dem Splinte. Der Holztechniker und Naturwissenschaftler teilt die gebräuchlichsten Holzarten in folgende 8 Klassen ein: a) in steinharte, b) in beinharte, c) in sehr harte, d) in harte, e) in ziemlich harte, f) in etwas harte, g) in weiche, h) in sehr weiche, während der Holzarbeiter im allgemeinen mehr summarisch verfährt und nur weiche, halbharte und harte Hölzer zu unterscheiden pflegt; doch kann diese letztere Einteilung nur als eine annähernd richtige angesehen werden, zumal wenn er, wie meist, die Hölzer, die eine weiße oder überhaupt helle Farbe aufweisen, sämtlich unter die weichen rechnet.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Oktober fällig ist.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegen für die Ortsverwaltungen zwei Zirkulare bei. Eins betrifft die Verbands-Krankengeld-Zuschußklasse; das andere das Jahrbuch 1912 der christlichen Gewerkschaften.

Arbeitslosensammelbellen. Einige Karten liefen noch nicht ein. Es wird um sofortige Erledigung gebeten.

Abrechnung pro III. Quartal. An die Einwendung der Abrechnung wird erinnert.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Würzburg wurde das bisherige Mitglied Paul Mayer, Buch Nr. 27 059 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Verlorenes Mitgliedsbuch. Nr. 11 697, ausgestellt auf den Namen Johann Schömann. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zahlstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzujahalten

- Schreibern und Maschinenarbeitern: Künzler B., Stolberg, Hamm i. Westf., Rechem-Häfen, Wiedenbrück.
- Büchsenmachern: Rißer-Rißerhammer (Wald & Co.).
- Finanzarbeitern: Bonn (König).
- Radelfabrikanten: Düsseldorf.
- Rifen- und Riemenherstellern: Leichlingen.
- Schuldenarbeitern: Troisdorf.

Terminabschluss der Reizenmacher in Göttingen. Mit den Reizenmacherjungen Gebr. Kohnmann und H. Freije wurde nach eingehenden Verhandlungen der am 1. Oktober d. J. ablaufende Vertrag für ein weiteres Jahr erneuert. Der neue Vertrag bringt unseren Kollegen annehmbare Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis, die im Durchschnitt 5-10% betragen. Durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen im Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurde auch dieser Erfolg erreicht. Würden auch in anderen Orten die Reizenmacher den Weg zu unserem Verbands finden, würden die Interessen der Reizenmacher noch viel wirksamer vertreten werden.

Differenzen in Reichlingen. Die Rifen- und Riemenherstellerei von Friedrichs veruchte in der verfloffenen Woche den Drechern in der Riemenherstellerei erhebliche Abzüge zu machen, welche für den einzelnen Arbeiter eine Lohnminderung von 3.50 Mk. bis 4.00 Mk. pro Woche bedeutete. Da die Kollegen darauf nicht eingingen kündigte man ihnen, ebenso den übrigen christlich organisierten Arbeitern. Einem Kollegen wurde ausdrücklich gesagt, wenn er aus dem Verbands herausgehe, dann könne er bleiben. Weiter ging die Firma dazu über, bei einem anderen Betriebsrat in der näheren Umgebung telefonisch um NichtEinstellung der gekündigten Arbeiter zu ersuchen, womit sie erfreulicher Weise kein Glück hatte, denn die andere Firma stellte mehrere Arbeiter ein. Wenn die Firma glaubt, mit solchen Maßnahmen ihren Betrieb in die Höhe zu bringen, so wird sie bald sehen, daß sie damit sehr auf dem Holzwege ist. Die organisierten Kollegen werden gebeten, diesen Betrieb zu meiden und Zugang fernzujahalten.

Maßregelungen in Troisdorf. In der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Mtten-Gesellschaft in Troisdorf sind über 150 Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden. 87 der Beteiligten, die in der Zelluloidwarenerstellung des Betriebes beschäftigt sind, gehören unserem Verbands an. Vorstehender des Aufsichtsrats des genannten Unternehmens ist der bekannte Kommerzienrat Ripdorf zu Wilhelmstr. 10.

Aus den Verbandsbezirken.

Landeskongress der christlichen Gewerkschaften im Großherzogtum Oldenburg und Freistaat Bremen.

Am Sonntag, den 24. September, fand im Hotel zum Kronprinzen in Oldenburg i. G. eine Landeskongress der christlichen Gewerkschaften für die obenbezeichneten Gebiete statt, an welcher 42 Delegierte teilnahmen. Die konfessionellen Vereine Oldenburgs hatten eine Anzahl Vertreter entsandt, was von der Konferenz freudig begrüßt wurde. Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten erlittete der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Hartmann-Hamburg, einen umfangreichen Bericht über den Stand und die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im genannten Gebiet. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die christlichen Gewerkschaften in Oldenburg und Bremen sich eine feste Position geschaffen haben, wodurch ein weiteres Erstarken der Bewegung zu erwarten ist. Es bestehen zur Zeit 48 Ortsgruppen mit rund 2380 Mitgliedern. Ortsartelle sind sieben vorhanden.

Nach einem weiteren instruktiven Referat des Kollegen zum brock-Hannover über praktische Arbeit in den Ortsgruppen, wurde in die Generaldebatten eingetreten, wobei sämtliche Diskussionsredner eine gute geistige Schulung erkennen ließen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Kollegen Böhmcke-Hannover über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften“. Der Redner erbrachte den Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaften einen unverkennbaren, im Interesse des Arbeiters liegenden Einfluß im Wirtschaftsleben ausüben. Von allen Anwesenden beifällig aufgenommen wurde der Vortrag, der seine Wirkung nicht verfehlen wird. Kurz zusammenfassend darf gesagt werden: diese in jeder Beziehung harmonisch verlaufene Tagung hat bei allen Beteiligten neue Begeisterung für unsere Ideale ausgelöst. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am Sonntag, den 24. Sept. 1911, in Oldenburg tagende Landeskongress der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß in allen Orten des Bezirkes mit aller Energie in die Agitation für die Durchsetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung eingetreten wird. Die Delegierten werden mit aller Kraft für ein kräftiges Handeln in Handarbeiten in den Kartellen, für eine stärkere finanzielle und ideale Stärkung der Agitations- und Bildungsmittel in den Kartellen eintreten. Die Konferenz erklärt ferner, daß mit allem Nachdruck die Waffenbrüderschaft mit den konfessionellen Vereinen gepflegt und Maßnahmen erwoogen und ergriffen werden, um die gegenseitige Durchschlagkraft zu stärken. Zum Schluß fordert die Konferenz alle Ortsgruppen auf, mit Ernst sich den gewerkschaftlichen und konfessionellen Organisationen der schulentlassenen Jugend zu widmen.“

Die Konferenz wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung vom Vorsitzenden, Kollege Jahn-Bremen, geschlossen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Halle a. S. Durch die rege Mitarbeit des Kartellvorstandes konnte unter anderen auch eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet werden. Am 23. September hielten die Kollegen die erste Versammlung ab, in welcher der Vorstand gewählt wurde. Die Versammlung war sowohl von den Mitgliedern als auch von den Kollegen der Bruderverbände gut besucht. Bezirkssekretär Kollege Butscher und Kollege Kappler besprachen die Notwendigkeit und Ziele der christl. Gewerkschaften resp. unseres Verbandes. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Drei Mitglieder traten neu ein resp. über. Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, blieb man längere Zeit in gemüthlicher Unterhaltung beisammen. In Zukunft sei ein jeder Kollege tätig für seinen Verband, für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung.

Stuttgart. Eine Gewerkschaftsliteratur-Ausstellung veranstalten gegenwärtig bis zum 4. Oktober die Stuttgarter christlichen Gewerkschaften in ihrem Verkehrslokal, Holzstraße 3. Am Sonntag fand mittags die Eröffnungsfestlichkeit statt. Im Hauptausstellungsraum grünen Fahnen in den württembergischen Landesfarben, ferner kleine Flaggen der anderen Bundesstaaten, während in einem Palm- und Lorbeerbaumhain in geschnadvolter Dekoration ein größeres Bild des Förderers christlicher Sozialreform auf evangelischer Seite, des Hofpredigers D. Stöder und eine Büste des Gründers der katholischen Sozialpolitik, Bischof von Ketteler aufgestellt worden sind. Die Literaturausstellung umfaßt etwa 500 verschiedene sozialpolitische und gewerkschaftliche Schriften. Es berührt angenehm, daß die Literaten sich nicht lediglich auf eine „Richtung“ beschränken, sondern den gesunden Standpunkt vertreten, daß man das württembergische

in allen Richtungen suchen soll, um der Wahrheit näher zu kommen. Das Material ist in drei Abteilungen gegliedert. In der ersten Abteilung findet man die Bücher über die allgemeine Sozialpolitik. Hier sind Bücher ausgelegt, die vertreiben werden sollen der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland; und vom Volksverein für das katholische Deutschland; Schriften über das Koalitionsrecht, über die Tarifvertragsfrage, über das Wohnungsweien, die Heimarbeit und Hausindustrie, über die Arbeitgeberfrage, die Arbeiter- und Arbeiterinnenfrage. Auch die vom Verlag Dietrich (Leipzig) herausgegebenen „Kultur und Fortschritt“ liegen aus. Adolf Damascus vom Bund deutscher Bodenreformer ist durch sein Werk „Die Geschichte der Nationalökonomie“ und andere Sachen vertreten. Mehrere Schriften gehen auf die Arbeitslosenfrage ein. Auch die sächsischen Handelskammern sind durch ihre Jubiläumsschrift und die Handwerkskammern durch ihre Jahresberichte vertreten. In der zweiten Abteilung liegt die Literatur auf, die in der Buchhandlung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften herausgegeben wird und hauptsächlich christliche Gewerkschaftsführer zu Verfasser hat, während in der dritten Abteilung 22 christlichen Zentralverbände ihre Drucksachen und Literatur aufgestellt haben. Wenn man bedenkt, daß die christlichen Gewerkschaften erst etwas über 10 Jahre in der Zusammenschließung Gesamtverband bestehen, dann kann man sich nicht des Eindruckes erweichen, daß sie trotz ihrer Jugend auch auf literarischem Gebiete manches Wertvolle geliefert haben. Ein besonderes Interesse beanspruchen auch die in der Ausstellung vorhandenen christlichen Tafeln über die soziale Gesetzgebung, die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und die Stärke der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Im Vorräum der Ausstellung haben die christlich organisierten Arbeiter eine Sonderausstellung ihrer sach- und kunstgewerblichen Produkte veranstaltet, die ebenfalls sehr sehenswert ist. Neben Gemälden in verschiedenen Größen, die auch verkäuflich sind, sind Holzschnitten, Entwürfe, Zeichnungen usw. gezeigt.

Die Eröffnungssfeier der Ausstellung fand im Beisein von ca. 100 Gästen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung statt. Der Kartenvorstand, Arbeitersekretär Wahl, sprach in der er betonte, daß die Literaturausstellung, gewiß nicht etwas ganz Vollkommenes bieten wolle, dem christlichen sozialen Unterrichtskursus des Kartells, an dem sich 50 jugendliche christliche Gewerkschaftler beteiligt haben, die eine Aufsicht soll. Der heutige Tag sei für die Stuttgarter christlichen Gewerkschaften von der größten Bedeutung. Es sei das neues in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, eine solche Ausstellung. Die Literatur der Gewerkschaften muß dem sozial interessierten Publikum durch solche Ausstellungen noch viel mehr zugänglich gemacht werden. Vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften sprach sodann Verbandssekretär Krug (Stuttgart) die Wünsche zu dem Gelingen der Ausstellung aus, aus der hervorgeht, daß die christlich gestimmten Arbeiter keine Schlafmütze an, sondern auf dem sozialpolitischen Gebiete neben den anderen Vorkämpfern sich sehen lassen können. Dem vom Willen zu weiterer ständiger Fortbildung besessenen Arbeiter werde die Literaturausstellung manche neue Anregung geben. Wissen könne man nur durch das Studium der Literatur sich neben praktischen Erfahrungen eignen. Der Gesamtverband werde einen Erfolg der Ausstellung das Lebhafteste begrüßen. Es folgte sodann ein Rundgang durch die Ausstellung. Die nötigen Aufklärungen wurden gegeben. Von 2 bis 4 Uhr wurde die Ausstellung, deren Eintritt frei ist, die Angehörigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und deren Freunde, von ca. 250 Personen besucht.

Das Nachmittags fand dann im Anschluß an die Eröffnungssfeier unter sehr zahlreicher Beteiligung in den Sälen des „Königlichen König“ ein vom christlichen Gewerkschaftsverband veranstaltetes Feisbankett statt, an dem auch als Ehrengäste Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen teilnahmen. Der Kartenvorstand, Arbeitersekretär Wahl, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Ehrengäste, unter ihnen Herrn Pfarrer Wurm von der Evangelischen Gesellschaft und die Herren Expositurvikar Krummer und Bifar Anker. Den Festprolog sprach Fräulein Wang. Die Festrede hielt Herr Pfarrer Wurm. Wir entnehmen hier, daß die unvermeidliche Folge der modernen Entwicklung der Produktion es mit sich gebracht habe, daß der Arbeiter nicht mehr wie früher an der Produktion so weitgehend beteiligt sei, sondern vielfach nur mechanische Teilarbeit zu leisten habe, an einem fertiggestellten Stück. Eine Literaturausstellung christlicher Arbeiterorganisationen — wer hätte daran vor 40—50 Jahren gedacht. Damals galt die Parole: Die Kopfarbeiter — Handarbeiter. Heute sei das ganz anders geworden. Die Arbeit befrachtet die Bildung, die Bildung veredelt aber die Arbeit. Die Fabrikarbeit gewinnt immermehr Einfluß auf die künftigen Künste. Die Arbeiter sind dabei aber nur Objekt, nicht Subjekt. Sie geben den Künstlern Modelle für die realistische Darstellungsweise. Anders stehe es mit dem Einfluß der Fabrikarbeit auf die Wissenschaft, besonders auf die Nationalökonomie. Die Nationalökonomie wirkte hinüber auf die Rechtswissenschaft. Im neuen Arbeiterrecht, ein Arbeiterschutz wurden geschaffen. Im Anfang Objekt werden die Arbeiter hier immermehr Subjekt. Bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung beteiligen sie sich durch ihre Organisation. Die Arbeiterbewegung hat einen fruchtbringenden Einfluß auf die Rechtsbildung unserer ganzen deutschen Nation gehabt. In den 60 Jahren seien die Arbeiter in materialistischer Hinsicht erzogen worden gegen den Christenglauben in ihren Organisationen, teilweise heute noch. Das ist für die Arbeiterbewegung ein Verhängnis. Hier sieht man die ungeheure Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Sie wollen bei ihrer wirtschaftlichen Arbeit festhalten an den religiösen und sozialen Idealen, die unser Volk begleitet und groß gemacht haben. Am Ausgleich der sozialen Gegensätze zu arbeiten, sei die große und herrliche Aufgabe. Kommen wir zum sozialen Leben, dann wird durch die Einordnung der Arbeiterbewegung die Gefahr diese keine Gefahr mehr sondern eine starke Hilfe für den Staat sein. Langanhaltender Beifall folgte diesen Ansichten und sehr lehrreichen Ausführungen. Für den unteren Teil sorgten ein erfolgreich auftretendes Jodelquartett und die Musikkapelle des katholischen Junglingsvereins St. Blasius, die beide recht lebhaft Anerkennung ernteten.

Greifeld. In letzter Zeit werden die christlichen Gewerkschaften deren Führer von den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch Greifeld auf das lebhafteste bekämpft und verleumdet. Dies geschieht auf zwei Gründen zu beruhen: Erstens haben die christlichen Gewerkschaften im Bezirk in letzter Zeit einen erfreulichen Erfolg genommen und zweitens will man den Kräfte, der sich in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung in Greifeld nicht verdecken. Es sei nun erinnert an den Austritt mehrerer Arbeiter aus dem Kartell, sowie an die Jugenddruckerbewegung, deren Begleiterzeichnungen. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hat in den letzten Wochen ein Flugblatt gegen die Organisation herausgegeben, in dem der Verband selbst, auch unser Kollege Pennary, „verdammt“ und die deutsche

Sprache nach alten Regeln zukunftsstaatlicher Grammatik maltrahiert wurde. Angelan-halte es den „Genossen“ vornehmlich die Arbeitsvermittlung unseres Verbandes. Zu den Neuerungen nahm am 18. September eine gut besuchte Versammlung unserer Zahlstelle, in der die Kollegen Pennary und Wejers-Eöln referierten, Stellung. Die Versammlung endete mit der Annahme folgender Resolution: „Die stark besuchte Holzarbeiterversammlung weist die Verdächtigungen des sozialdemokratischen Flugblattes auf das entschiedenste zurück. Die Versammelten erkennen an, daß der christliche Holzarbeiterverband fleißig mit aller Energie für die Interessen der Arbeiter im Holzgewerbe eingetreten ist und dieselben fleißig auf das beste wahrgenommen und vertreten hat. In erfreulicher Weise sieht dieses immer mehr auch die hiesige Arbeiterschaft ein, indem sie sich dem christlichen Verbande in zahlreicher Weise anschließt. Die Versammelten versprechen auch fernerhin, mit aller Kraft für die weitere Ausbreitung der Organisation tätig zu sein und fordern erneut alle Mitglieder zur Mithilfe in diesem Bestreben auf, damit es baldigt gelingt, daß der letzte christlich-gestimmte Holzarbeiter vereinigt ist im Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Dem Vorsitzenden sprechen die Versammelten ihr volles Vertrauen aus und beauftragen ihn, den weiteren Ausbau des Arbeitsnachweises zu erstreben.“

Herford. Die Bielefelder soziald. Volkswacht brachte am Freitag, den 29. September einen Bericht über einen „Streikbruch“ des christlichen Holzarbeiterverbandes bei der Firma Stücker. Der ganze Bericht ist eine Entstellung der Tatsachen, die sich bei der Firma abspielten. Es besteht in Herford ein „paritätischer“ Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, gefügigt vom Deutschen Holzarbeiterverbande und dem Arbeiterschutzverband, Ortsverein Herford. Unser Verband ist an diesem Arbeitsnachweis nicht beteiligt. Er schickt deshalb seine Leute dorthin, wo Arbeit vorhanden ist und die Arbeitgeber dieselben einstellen. Auch sind verschiedene Arbeitgeber dazu übergegangen, Leute einzustellen, ohne Arbeitsnachweis, auch Leute vom „freien“ Verband. Trotzdem diese Arbeitgeber dem Arbeiterschutzverband angehören, hat man die Sache so laufen lassen, ohne daß von seiten des Deutschen Holzarbeiterverbandes etwas dagegen geschah. Bei der Firma Stücker waren die ganzen Jahre nur Arbeiter vom „freien“ Verband beschäftigt. Nun kam vom christlichen Verband ein Kollege in diesen Betrieb und einige Tage darauf noch zwei. Es wurde ihnen bedeutet, daß die „Genossen“ nicht mit ihnen arbeiten wollten; unsere Leute wurden schikaniert und dergl. mehr. Als des Morgens die drei Kollegen des christlichen Verbandes anfangen zu arbeiten, legten die im „freien“ Verband organisierten Holzarbeiter sämtlich die Arbeit nieder. Der Lokalbeamte verlangte eine Schlichtungskommissionssitzung mit der Tagesordnung: Entfernung der Christlichen aus dem Betriebe der Möbelfabrik von Stücker. Einige Tage nach Niederlegung der Arbeit kam dann eine Kommission des „freien“ Verbandes zum Vorsitzenden unseres Verbandes und erklärte, es seien Differenzen im Betriebe des Herrn Stücker ausgebrochen. Man hatte eben eingesehen, daß die Christlichen dazu übergingen, den Betrieb zu besetzen. Jetzt, einige Tage nach der Arbeitsniederlegung, wurden sich die Freien auf einmal bewußt, daß sie wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt hatten! Tatsächlich war ein Streikpunkt vorhanden in diesem Betriebe; dieser war aber den Zentralen zur Entscheidung überwiesen. Letztere haben aber bis heute noch nicht entschieden, daher durfte die Arbeit wegen dieses Streikpunktes nicht niedergelegt werden. Dies wäre auch nicht geschehen, wenn nicht Leute des christlichen Verbandes Einzug in den Betrieb gehalten hätten. Der soziald. Holzarbeiterverband mag sich aber geirrt sein lassen, daß der christliche Verband es sich nicht gefallen läßt, daß man seine Mitglieder aus einem Betrieb hinausdrängt. Der christliche Verband ist stets bestrebt gewesen, seine Schuldsigkeit zu tun, wo es galt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Aber zum mindesten muß man ihm eine Gleichberechtigung einräumen. Geschieht dies nicht, wie in diesem Falle, dann werden wir uns die Gleichberechtigung schon zu erkämpfen wissen.

Sterbefall.

Ullrich Huber, Schreiner gestorben zu München. Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Eine Fälschung. Die sozialdemokratische Presse ist das gefügige Werkzeug stumpfer Fälscher. Das zeigt wiederum eine Korrespondenznotiz, die wir u. a. im „Hamburger Echo“ und in der „Eisener Arbeiterzeitung“ fanden. Unter dem Rubrum „Es geht auch anders“, wird da erzählt, wie der christliche Metallarbeiterverband in einem Flugblatt das koalitionsrechtfeindliche Gebaren der Firma Scheidt und Bachmann in M.-Glabbad unter Hinweis auf deren Staatsaufträge gebrandmarkt habe, während der christliche „Holzarbeiter“ alle diejenigen als Idioten oder gewissenlose Individuen bezeichne, die ein Koalitions- und Streikrecht für die Eisenbahner verlangten. Wie schon so oft, klagt auch in diesem Falle die rote Presse fest drauf los. Noch nie hat sich der „Holzarbeiter“ gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner gewandt. Wogegen er sich erklärte, war das Streikrecht derselben. Jeder Leser des angezogenen Artikels im „Holzarbeiter“ wird bestätigen müssen, daß ein sozialdemokratischer Fälscher mal wieder sein unehrliches Spiel getrieben hat. Der Schmierfink der roten Presse mag sich gesagt sein lassen, daß er zu jenen gewissenlosen Individuen, von denen der „Holzarbeiter“ sprach, gehört.

Nicht frei — sozialdemokratisch. Der „Deutschen Zeitung“ (und zwar unter genauer Angabe der Nummer) hatten wir entnommen, daß die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des „freien“ Holzarbeiterverbandes 1500 Mark für den soziald. Wahlfonds gestiftet habe. In Nr. 89 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird gegen unsere Notiz polemisiert: „Christliche Lügenbeutel“; „diese Keuigkeit der Christin ist wieder mal von Anfang bis Ende erlogen“; es gehört zu den Aufgaben der Christen, die Segner mit Schmutz zu bewerfen und wenn es an Stoff fehlt, dann saugt man sich diesen gottesfürchtig und dreißig aus den schmutzigen Fingern. Selbstherrlich huldigt auch der „Holzarbeiter“ diesem zentrum-christlichem Grundjag“. — Ausgerechnet wird in dieser Weise gegen den „Holzarbeiter“ losgepölkert. Selbst wenn die Quelle der Nachricht genannt wird, dann heißt trotz und alledem noch, das hat sich der „Holzarbeiter“ „dreißig und gottesfürchtig aus

den schmutzigen Fingern gefogen“. Warum geht man nicht gegen die „Deutsche Zeitung“ an, wenn's nicht wahr ist? Paßt das etwa nicht in den Kram? Mit besonderem Vergnügen stellen wir fest, daß die „ollen ehrlichen „freien“ Holzarbeiter“ mit Schmutz beworfen sein wollen, wenn man ihnen vorhält, daß ihre Organisation die Sozialdemokratie material und ideell unterstützt und sie trotzdem mit ihrer Neutralität freiben geht. Aber lieber „Genosse“! Das kann bestenfalls doch nur der Schmutz sein, der im soziald. Holzarbeiterverbande produziert wird! Das die Unterstützung der Sozialdemokratie durch den „freien“ Holzarbeiterverband nicht ein sauberes, sondern ein schmutziges Geschäft ist, das wird damit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ selbst zugegeben. Daß der „freie Holzarbeiter-Verband“ politisch neutral ist, zu diesem Urteile vermag sich selbst der Artikeldreibe nicht zu versteigen, wenngleich in dem angezogenen Falle, anderen später eingelaufenen Meldungen zufolge, nicht der Holz-, sondern der Bauarbeiterverband in Betracht zu kommen scheint.

Große Unterschlagung im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande. Der bei der Hauptkassse des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes in Bochum tätige Kassierer Kreiß hat durch raffinierte Fälschungen 35217 Mk. unterschlagen und ist dann flüchtig geworden. Der Verband ist angeblich nur um 16217 Mk. geschädigt, während der Restbetrag zu Lasten einer Bank entfallen soll. — Im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande hat man mit der Hauptkasse schon von jeher Pech gehabt. Im Jahre 1907 fehlten 1200 Mk. Da der damalige Hauptkassierer ins Zuchthaus kam, ist eine völlige Klarheit in dieser Sache nicht geschaffen worden. Im Jahre 1902 fehlten 1028 Mk., von deren Verbleib dem Verbandsrat keinerlei Mitteilung gemacht wurde. Im Jahre 1906 unterschlug der zweite Hauptkassierer circa 2000 Mk. Im Dezember 1904 sollen nach Reugenaussagen in einem Prozeß der Hauptkasse durch Einbruchdiebstahl 10000 Mk. entwendet worden sein. Bei all diesen Spitzbubereien und Unklarheiten ist es gut zu verstehen, wenn gerade seitens der Größen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes immer wieder verurteilt wird, die Kassensführung christlicher Gewerkschaften zu verdächtigen.

Die Wolfjade. Der Redakteur der Duisburger soziald. „Arbeiter-Zeitung“ Thielhorn hatte in seinem Blatt einen Artikel nachgedruckt, den der frühere Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ Wolf im soziald. Fränkischen Volksfreund (Würzburg) veröffentlicht hatte und worin gegen den Bezirksleiter Gismann (Düsseldorf) vom christlichen Staats- Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverband eine Menge schwerer Beleidigungen wie Lüge, Bestechlichkeit, Verächtlichmachung katholisch-kirchlicher Handlungen usw. erhoben waren. Der mit einem großen Zeugnisaufgebot verjuchte Wahrheitsbeweis mißlang so vollständig, daß der Privatkläger Gismann ohne den geringsten Makel aus der Verhandlung hervorging. Wegen der Schwere der ehrenrührigen Beleidigungen erachtete das Gericht eine Geldstrafe nicht für eine ausreichende Strafe und erkannte auf drei Wochen Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten und Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Beklagten. Eine Reihe weiterer Prozesse in derselben Angelegenheit werden demnächst zum Austrag kommen.

Einen Vermögensrückgang verzeichnet der soziald. Holzarbeiterverband für das II. Quartal. Nach der in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Abrechnung betrug der Verlust 348 118,02 Mk.

Hier und dort. Als das besondere Kennzeichen der christlichen Gewerkschaften bezeichnet am 5. August die sozialdemokratische Mannheimer Volksstimme deren „völlige Ellenbogenfreiheit“, als sie schrieb: „Keine andere Arbeiterbewegung hat eine so völlige Ellenbogenfreiheit aufzuweisen.“ Das ist ja auch in der Tat das, was die Gründer der christlichen Gewerkschaften erstrebten: eine Organisation, der nicht das Interesse einer Partei (der sozialdemokratischen), sondern das wohlverstandene Arbeiterinteresse Richtschnur sein sollte, die also in dieser Beziehung über völlige Ellenbogenfreiheit verfügen mußte. Demgegenüber stelle man die Abhängigkeit der „freien“ Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei. „Es ist gar nicht möglich, irgend einen Punkt, der das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft hervorruft, zu behandeln, man darf es gar nicht wagen, einen Punkt anzuschneiden, der das Lebensinteresse der Arbeiter betrifft, ohne daß man sofort in einer Weise heruntergemacht wird, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von dem betreffenden nimmt.“ Diese Klage stimmte einer der markantesten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf der Geheimkonferenz vom Februar 1906 über die Behandlung der Gewerkschaften durch die Partei an. Und ein anderer fügte bei: „Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind... wir leiden unter Intoleranz und inneren geistigen Konflikten.“ Trotzdem nennt man sich „frei“!

Neutralität. In der Danziger „Volkswacht“, einem soziald. Organ (Nr. 37. 16. September 1911), befindet sich eine Versammlungsanzeige (in der Form eines Inserats) des „freien“ Holzarbeiterverbandes. Die „Kollegen“ werden aufgefordert, „in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung“ pünktlich (am 19. Sept. abends 7 1/2 Uhr) zur Stelle zu sein. Zur Tagesordnung ist als Punkt 1 angegeben: „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen für die Gewerkschaften. Referent: Reichstagskandidat Redakteur Markwald-Königsberg.“ — Sollte etwa der sozialdemokratische Reichstagskandidat in dieser Versammlung des „neutralen“ deutschen Holzarbeiterverbandes für die Unterstützung des konservativen Kandidaten plaidiert haben?

Was sogenannte Streikvergehen einbringen. In seinem Jahrbuch teilt der sozialdemokratische Holzarbeiterverband mit, daß im Jahre 1910 über seine Mitglieder insgesamt sechs Jahre, zehn Monate und drei Tage Gefängnis- oder Haftstrafe, sowie 1471 Mk. Geldstrafe wegen Streikvergehen verhängt wurden. Dazu kommen noch die nicht unbedeutenden Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren. Es ist ja in Preußen-Deutschland an nichts leichter zu kommen, als an

ine Strafe wegen Streikvergehen. Dieser Umstand aber...

Staatsregierung, Sozialdemokratie und christliche Arbeitervereine...

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Im Kreise Mörz fanden die Wahlen...

Arbeitslöhne in England und Deutschland. Der bekannte...

Die britischen Eisenbahner haben schlechteren Beschäftigungs...

Es ist also falsch, die Entlohnung des britischen Arbeiters...

dürfte feststehen, daß der deutsche Arbeiter im allgemeinen...

Der rote Parteitag. In Jena fand der diesjährige Parteitag...

Ein bezeichnendes Doppelspiel. Ein niederträchtiges...

Dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena hat ein Herr...

Eine verträglich Gründung. In Leipzig gründeten soziald....

Aus dem gewerblichen Leben.

Ausbildungskurse für Bau- und Möbelschreiner. Am 2. Oktober...

das Fachzeichnen wird in allen Kursen breiten Raum haben. Im...

Sächsischer Waggonfabrik Werdan Akt.-Ges. Laut Geschäftsbericht...

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann u. Co. Leipzig-Dölkau.

Preisrückgang für Spielwaren! Seit einigen Wochen ist in der...

Literarisches.

Die Reichsversicherungsordnung. Von Arbeitersekretär Heinrich...

Diese Arbeit veranschaulicht in leichtfaßlicher Weise die Notwendigkeit...

Adressenveränderungen.

- Spadingen. R. Jakob Mattes, Hofen, Hauptstraße 92.
Sippstadt. R. Karl Pieper, Gmitter-Chauffee 33.
Lodman. V. R. Leo Siegwart, Lunauerstraße 3.
Bierzen. R. Andreas Gödel, Lindenstraße 29.
Wiesbaden. V. Johann Schulz, Dogheim, Wilhelmstraße 33.
Frankfurt a. M. V. R. Anton Raffing, Burgstraße 44.
Galle a. S. V. Josef Myblach, Bruderstraße 11.
Bismarck. V. J. Bapt. Stumpf, Strau 175.

Table with 2 columns: Book Title and Price. Includes titles like 'Die deutsche Arbeiterbewegung' and 'Sozialistische Rundschau'.

Advertisement for 'Eine gutgehende Wagnererei' and 'Ein jüngerer Käufer'.

Advertisement for 'Eingelegte Fourniere' and 'Zwei Tischler-Gesellen'.

Advertisement for 'Bekanntmachung' regarding a legal case in Augsburg.